

**Niederschrift**

**über die 29. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 25.01.2024**

Tagungsort: Kleine Mensa der Martin-Niemöller-Gesamtschule

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:50 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Steve Kuhlmann

Herr Niklas Meyer

Frau Johanna Weber

Herr Michael Weber

Ab 18:00 Uhr

SPD

Herr Jörg Benesch

Frau Heike Peppmüller-Hilker

Herr Reinhard Schäfers

Frau Heidemarie Schönrock-  
Beckmann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr André Flöttmann

Herr Peter Werner Grätschus

Herr Gerd-Peter Grün

Herr Dr. Alexander Horstmann

Vorsitz

Die Linke

Herr Bernd Adolph

FDP

Herr Gregor Spalek

Die Linke

Herr Dr. Hartwig Hawerkamp

AfD

Frau Heliane Ostwald

Bis 17:30 Uhr

Von der Verwaltung/Gäste:

Frau Karin Erdmann und Herr Stephan Heidbrink, 230, Herr Matthias Brakensiek, 600 zu  
TOP 1

Herr Andreas Hansen, Bezirksamt Jöllenbeck

Frau Martina Knoll-Meier, Bezirksamt Jöllenbeck, Schriftführung

Entschuldigt fehlt:

Frau Ruth Wegner (B 90/Die Grünen)

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Herr Bezirksbürgermeister Grün eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgemäße Einladung zur 29. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 25.1.2024 sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Die Sitzung beginnt nichtöffentlich um 16 Uhr mit TOP 1 (Protokollierung TOP 1 s. nichtöffentlicher Teil). Die öffentliche Sitzung beginnt um 18:00 Uhr.

Herr Bezirksbürgermeister Grün würdigt das langjährige Mitglied der Bezirksvertretung Schildesche, Herrn Stephan Godejohann mit einer Gedenkminute. Herr Godejohann ist am 9.1.2024 gestorben.

Herr Adolph trägt folgende Mitteilung vor:

„Am 31.7.2022 gedachten viele der Mitglieder der BV Schildesche der Deportation jüdischer Personen aus Schildesche, die 80 Jahre zuvor stattfand. Damals mussten diese Schildescher Mitbürgerinnen und Mitbürger als „Sündenböcke“ herhalten für alle möglichen Missstände.

Nie hätten wir gedacht, dass es wieder zu solchen menschenverachtenden Forderungen nach Deportation von Gruppen der Bevölkerung kommen würde. Aber: Rechtsextreme Kräfte, u.a. auch Mitglieder der AfD, machen Pläne, Menschen mit Migrationshintergrund zu „remigrieren“, wie sie die Deportation beschönigend nennen.

Die Mitglieder der in der BV Schildesche vertretenen Parteien (in alphabetischer Reihenfolge: CDU, FDP, GRÜNE, LINKE und SPD) verurteilen diese Pläne entschieden und erklären, dass sie Menschen mit Migrationsgeschichte hier in Schildesche schätzen. Sie sind unsere Nachbarn, mit denen wir z.T. seit Jahren leben, in die Schule gegangen sind; sie sind diejenigen, die im Gesundheitswesen und in der Pflege, im Handel und in der Industrie, im Dienstleistungssektor für den gesellschaftlichen Wohlstand und das Miteinander unverzichtbare Menschen sind.

Wir werden diesen Bestrebungen, unsere Mitmenschen ohne jegliches rechtsstaatliche Verfahren auszuweisen – egal, welchen Namen sie tragen – aktiv entgegenzutreten.“

Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist.

Als sie die Gewerkschaftler holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschaftler.

Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Jude.

Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

– Martin Niemöller

### **Öffentliche Sitzung:**

**Zu Punkt 2      Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Schildesche**

Herr Bezirksbürgermeister Grün berichtet, dass Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter des ISB, des Bauamts, des Amts für Verkehr und MoBiel in die nächste Sitzung der BV Schildesche am 29.2.2024 kommen werden.

Sie werden noch einmal die aktuellen Pläne für den Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule vorstellen und die Einwohnerfragen aus der Sitzung am 23.11.2023 beantworten.

Im Anschluss daran könne die Sitzung unterbrochen werden und die Bürgerinnen und Bürger bekommen Gelegenheit, weitere Fragen zu stellen.

Auf die entsprechende Frage erklärt Herr Bezirksbürgermeister Grün, dass die Schriftführerin der BV Schildesche diesen Teil nicht protokollieren werde, sondern dass die Fachämter für eine entsprechende Protokollierung zu sorgen haben.

Die anwesenden Bürgerinnen und Bürger, die in der Sitzung am 23.11.2023 Fragen gestellt haben, wünschen zeitnah eine schriftliche Beantwortung vom Fachamt, um sich mit den vorliegenden Antworten auf die Sitzung am 29.2.2024 vorbereiten zu können. Sie sind nicht damit einverstanden, erst in der nächsten Sitzung mündliche Antworten zu bekommen.

Herr Kuhlmann (CDU) begrüßt den Besuch der Fachämter in der nächsten Sitzung. Er betont noch einmal, dass es wichtig sei, dass die Protokollierung wie bei einer Öffentlichkeitsbeteiligung von den Fachämtern geregelt wird. Da mit Klagen zu rechnen sei, müsse Rechtsicherheit hergestellt werden.

-.-.-

#### **Zu Punkt 2.1 Frage von Frau Trültzsch-Wiest**

Frau Trültzsch-Wiest reicht ihre Frage schriftlich ein:

Petra Trüitzsch-Wiest & Joachim Wiest / A.d.Reegt 6, Haus B, 33611 Bielefeld  
(E-Mail: trueltsch@yahoo.de)

21.

Anfrage an die Mitglieder der Bezirksvertretung Schildesche

Die nachfolgenden Fragen wurden im Rahmen der Sitzung der BV Schildesche am 25.1.2024 unter Punkt 2 der Tagesordnung „Fragestunde“ gestellt.

---

Im November 2018 hat der Rat der Stadt Bielefeld die Entscheidung für den Neubau der Martin Niemöller Gesamtschule getroffen. Danach folgte der Architektenwettbewerb und 2020 stand fest, dass der Entwurf vom Büro Staab aus Berlin das Rennen gemacht hatte. Über die Höhe der Baukosten wurde damals wie heute wild spekuliert. Keiner wusste etwas Genaueres, schon gar nicht die Bevölkerung.

Gemäß der vorgeschriebenen Verfahrensweise wurde eine öffentliche Veranstaltung anberaumt, um Fragen und Antworten zum Bebauungsplanverfahren zu stellen. Dass diese Veranstaltung am 1.9.2021 nur mäßig besucht war, war auch dem Umstand geschuldet, dass wir seinerzeit alle mitten in der Corona-Pandemie steckten. Und jede und jeder sich gut überlegte, wie groß die Gefahr der Ansteckung war, wenn man sich mit Unbekannten in einem geschlossenen Raum aufhielt.

Ich selbst und einige unserer Mitstreiter nahmen an der öffentlichen Anhörung teil, waren aber letztendlich enttäuscht, denn auf viele Fragen gab es nur die Antwort: „dazu können wir im Moment noch nichts sagen“, und - ich zitiere - „Zu einzelnen Fragestellungen lagen zum Stand Vorentwurf noch keine ausreichenden Kenntnisse vor“ (nachzulesen in der Kurzvorlage zur Beschlussfassung für die Sitzung am 31.8.2023 hier in diesen Räumen).

Wir stellen nicht die Notwendigkeit für einen Schulneubau infrage, dies möchte ich betonen. Aber vor dem Hintergrund meiner Ausführung haben wir ein Recht auf eine ergebnis-offene Erörterung und vertreten die Auffassung, dass die Forderung der FDP (Punkte 6.1 der Tagesordnung) über die Sie im Rahmen dieser Veranstaltung entscheiden, mehr als berechtigt ist.

<sup>Unsere</sup>

~~Meine~~ Frage richtet sich an Sie und lautet deshalb:

Basiert das weitere Handeln und zukünftige Entscheidungen im Sachen Gesamtschule, innerhalb der in der Bezirksvertretung vertretenen Parteien, weiterhin nur auf dem Umstand „Das wurde 2018 im Rat der Stadt so entschieden - da kann man nichts mehr ändern?“

Die Frage richtet sich an alle Mitglieder der BV Schildesche.

---

## Zu Punkt 2.2 Frage von Herrn Finke

Herr Finke berichtet von einem regelmäßig erscheinenden Ministerialerlass, in dem die Einheitskosten pro Kubikmeter umbauten Raum stehen. Vor diesem Hintergrund wundert sich Herr Finke darüber, dass die Preise so stark gestiegen sind und er stellt die Frage, ob schon Bauaufträge vergeben wurden.

Herr Bezirksbürgermeister Grün antwortet direkt und verneint die Frage.

---

**Zu Punkt 3**      **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 28. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 23.11.2023**

Die BV fasst folgenden

**Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 28. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 23.11.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 4**      **Mitteilungen**

**4.1      Legendenschild „Edith-Feder-Straße“**

Der Umweltbetrieb teilt mit, dass das Legendenschild angebracht wurde.

Edith Elise Feder geb. 1.7.1909 Schildesche gest. vermutlich 4.11.1943 Lager Poniatowa
--

---

**Zu Punkt 5**      **Anfragen**

**Zu Punkt 5.1**      **Ausbau des Weges im Bultkamppark (gem. Anfrage der Fraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen v. 13.11.2023)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7103/2020-2025

Text der Anfrage:

Für wann sind verbindlich die Arbeiten zur Wiederherstellung der gefahrlosen Begehung und Befahrung des in der Anfrage vom 24.11.2022 genannten Wegeteil im Bultkamppark vorgesehen?

Der Umweltbetrieb teilt hierzu folgendes mit:

Der Baubeginn hat sich im Sommer 2023 aufgrund einer Vakanz im Bereich der Bauleitung des Umweltbetriebes verzögert. Die Stelle wird zum 01.03.2024 neu besetzt und die erforderlichen Ausführungsplanungen für die Wegesanierung können zeitnah erarbeitet werden.

Einzelne Gefahrenstellen im Wegebelag werden durch die Grünunterhaltung vorübergehend behoben.

Kenntnisnahme

---

**Zu Punkt 5.2 Errichtung und Inbetriebnahme der Ampel für Zufußgehende im Abschnitt Torfstichweg/Jöllenbecker Straße (gem. Anfrage der Fraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen v. 13.11.2023)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7120/2020-2025

Text der Anfrage:

Wann wird die vom Amt für Verkehr in Aussicht gestellte Ampel für Zufußgehende im Abschnitt Torfstichweg/Jöllenbecker Straße errichtet und in Betrieb genommen?

Antwort Amt für Verkehr:

Bei der aktuellen Planung sind auf der Jöllenbecker Straße am Zugang zum Hochbahnsteig sowie auf Höhe der Hausnummer 240/238e, also zu beiden Seiten der Einmündung Torfstichweg, Lichtsignalanlagen für den Fußverkehr vorgesehen. Der Betrieb ist in Dunkelschaltung geplant, d.h. „Grün“ kann angefordert werden. Eine Umsetzung soll im Zuge des Umbaus der Jöllenbecker Straße erfolgen.

Kenntnisnahme

---

**zu Punkt 5.3 Verbesserung der Beleuchtungssituation im Grünzug hinter der Waldorfschule (gem. Anfrage der Fraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen v. 13.11.2023)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7129/2020-2025

Die Verwaltung teilt zur Anfrage Beleuchtungssituation am Grünzug hinter der Waldorfschule mit der Drucksachennummer 7129/2020-2025 mit:

Der zur Beleuchtung vorgesehene Weg liegt im Geltungsbereich des Landschaftsplans Bielefeld-West mit dem Schutzziel „Erhaltung“ sowie innerhalb des Landschaftsschutzgebiets „Ravensberger Hügelland“. Dieser Bereich stellt mit dem Johannisbach und den weg- und gewässerbegleitenden Gehölzbeständen einen relativ naturnahen Raum dar. Darüber hinaus besitzt der relativ dunkle Grünkorridor bis in den Spätherbst/Winter hinein eine bedeutende Lebensraumfunktion für nachtaktive Tierarten und dient der Biotopvernetzung. Durch zusätzliche künstliche Lichtquellen muss von negativen Auswirkungen auf eine Vielzahl nachtaktiver Insekten und heimischer Vogel- und Fledermausarten ausgegangen werden.

Bei dem Weg handelt es sich weder um einen Schulweg, eine Hauptroute innerhalb des Radverkehrskonzeptes noch um eine Alltagsverbindung in einem Grünzug. Eine naturschutzrechtliche Genehmigung bzw. Befreiung für die Beleuchtung kann wegen der Vermeidbarkeit des Eingriffes nicht in Aussicht gestellt werden.

Mit vorgenannter Begründung wird eine Beleuchtung aus Sicht der Verwaltung abgelehnt.

Kenntnisnahme

---

**Zu Punkt 5.4 Ausreichende Sicherheit am Ufer des Johannisbaches? (gem. Anfrage der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen v. 09.01.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7344/2020-2025

Frage 1:

Kann man von einer ausreichenden Sicherheit der Uferbefestigung ausgehen?

Antwort:

Die Uferböschung am Johannisbach westlich der Engerschen Straße wird vom Umweltamt als standsicher eingeschätzt. Es sind keine Erosionsschäden oder ungewöhnliche Absackungen erkennbar.

Eine Aufweichung der Uferbereiche bei Hochwasser ist nicht ungewöhnlich und daher unkritisch zu sehen. Aus Sicht der Gewässerunterhaltung besteht daher zurzeit kein Handlungsbedarf.

Frage 2:

Sind diesbezüglich Maßnahmen getroffen worden, die eine drohende Unterspülung und somit eine Gefährdung der angrenzenden Häuser verhindern?

Antwort:

Eine Gefahr von Ausspülungen mit Auswirkungen auf die ca. 15 m entfernten Häuser ist nicht absehbar. Geringe Setzungen und Absackungen bei befestigten Gehwegen in der Nähe von Uferböschungen sind üblich und werden bei Bedarf vom Unterhaltungspflichtigen saniert.

Zusätzlich teilt der Umweltbetrieb mit:

In der Anfrage war auch eine abgesackte Pflasterfläche an der Brücke Engersche Straße über den Johannisbach als Bild angefügt.

Dieser Fußweg, der in die Grünanlage zur Stiftsmühle und zur Rudolf-Steiner-Schule führt, wird kurzfristig vom Umweltbetrieb repariert bzw. die Reparatur in Auftrag gegeben.

Kenntnisnahme

---

**Zu Punkt 5.5 Zusätzliche Tempo 30-Markierungen (gem. Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke v. 14.01.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7346/2020-2025

vertagt

---

**Zu Punkt 5.6 Auswirkung der Starkregenereignisse für den Obersee (Anfrage der CDU-Fraktion v. 16.01.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7376/2020-2025

Text der Anfrage:

Ist beabsichtigt, die Ablagerungen zeitnah zu entfernen, bevor sie vollständig im See verteilt sind und sich auf dem Grund ablagern, um eine erneut drohende Verlandung des Obersees zu vermeiden?

Antwort der Verwaltung:

Der Überlauf von Johannisbach und Jölle in den Obersee bei Starkregen ist grundsätzlich ein geplanter Zustand. Hiermit soll eine Auffrischung und Durchmischung des Wassers im Obersee erreicht werden. Der Überlauf tritt bei Erreichen der fünffachen Mittelwassermenge ein.

Da jedoch während des Starkregenereignisses zum Jahreswechsel 2023/2024 überverhältnismäßig große Wasserübertritte vom Johannisbach in den Obersee, insbesondere auf Höhe des Seekruges, beobachtet wurden, soll eine zeitnahe Überprüfung der hydraulischen Situation erfolgen.

In den Obersee eingetragene Schwebstoffe und Sedimente haben sich nahe des Trenndamms abgelagert. Eine weitere Verteilung der abgelagerten Sedimente im Obersee ist aufgrund der geringen Fließgeschwindigkeit nicht zu erwarten. Eine Räumung der Ablagerungen ist nicht erforderlich.

Kenntnisnahme

-:-

## Zu Punkt 6

### Anträge

## Zu Punkt 6.1

### Bürgergespräche zur Martin Niemöller Gesamtschule (Antrag des Vertreters der FDP v. 12.12.2023)

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7338/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Grün erklärt den Werdegang der Entscheidung, den Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule an zwei Standorten zu erstellen.

Herr Spalek (FDP) erläutert die Beweggründe, diesen Antrag zu stellen und begrüßt dazu ausdrücklich die Ankündigung der Verwaltung, in die nächste Sitzung der BV Schildesche am 29.2.2024 zu kommen, um Fragen der Anwohnerinnen und Anwohnern zu beantworten (s. TOP 2).

Herr Kuhlmann (CDU) reicht einen Änderungsantrag zu diesem TOP mit folgendem Wortlaut ein:

#### Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

Die Bezirksvertretung Schildesche bittet die Verwaltung darum, regelmäßig bei wesentlichen Baufortschritten am Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule einen mündlichen Bericht im öffentlichen Teil der Bezirksvertretung zu geben. Es steht im Ermessen der Bezirksvertretung, die jeweilige Sitzung zur Einholung von Bürgermeinungen zu unterbrechen.

Für die gesamte Bauzeit steht den betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner eine (Not-)Rufnummer der zuständigen Bauleiterin/des zuständigen Bauleiters für anfallende Beschwerden zur Verfügung (analog zu großen Straßenbaumaßnahmen).

In der weiteren Diskussion erklärt Herr Benesch (SPD), dass er grundsätzlich dem Antrag positiv gegenübersteht. Er betont aber, dass der Eindruck nicht entstehen dürfe, die Bevölkerung sei bisher nicht informiert worden. Dies sei nicht der Fall. Es habe mehrere Veranstaltungen zur Information der Bürgerinnen und Bürger gegeben. Zusätzlich konnten nach den Öffentlichkeitsveranstaltungen Änderungswünsche etc. eingebracht werden.

Zudem sei es wichtig, dass der Neubau der Schule nicht weiter verzögert wird, da er dringend benötigt werde.

Herr Flöttmann (B 90/Die Grünen) berichtet von Anrufen von Bürgerinnen und Bürgern, die mit Klagen und der Drohung „dann wählen wir halt die AfD“ Änderungen des Neubaus erreichen wollen. Er beklagt ausdrücklich

diese Form.

Herr Bezirksbürgermeister Grün bittet die Mitglieder, über den Antrag mit dem Text des Änderungsantrags abzustimmen.

Die BV fasst folgenden

**Beschluss:**

Die BV-Schildesche bittet die Verwaltung, die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern der Baumaßnahme Martin-Niemöller Gesamtschule zu einem Gespräch einzuladen. Ziel ist es, ortskundige Anregungen im Vorfeld der Baudurchführung aufzunehmen. Über die Ergebnisse der ersten Durchführung ist in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung zu berichten.

Außerdem wird die Verwaltung gebeten, regelmäßig bei wesentlichen Baufortschritten am Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule einen mündlichen Bericht im öffentlichen Teil der Bezirksvertretung zu geben. Es steht im Ermessen der Bezirksvertretung, die jeweilige Sitzung zur Einholung von Bürgermeinungen zu unterbrechen.

Für die gesamte Bauzeit steht den betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner eine (Not-) Rufnummer der zuständigen Bauleiterin/des zuständigen Bauleiters für anfallende Beschwerden zur Verfügung (analog zu großen Straßenbaumaßnahmen).

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 6.2**

**Erbbaurecht auf kommunalem Grund und Boden? (gem. Antrag der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen v. 09.01.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7343/2020-2025

Herr Adolph (Die Linke) erläutert den Antrag und erklärt, dass die Stadt möglichst Eigentümerin von Grund und Boden bleiben soll, damit so preisgünstig wie möglich gebaut werden und möglichst zahlreich sozialer Wohnungsbau entstehen kann.

Er verweist auf die Stadt Ulm, die seit Jahren so verfähre und in der Folge günstigere Mieten ermöglichen könne.

Die BV fasst folgenden

**Beschluss:**

Wir bitten die Verwaltung zu prüfen, ob im Rahmen der Baulandstrategie bei der Bebauung kommunalen Grund und Bodens (perspektivisch z.B. für das Kowert-Gelände) Erbbaurecht möglich ist.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 6.3 Erweiterung der Tempo 30-Zonen in der Hainteichstraße (gem. Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke v. 15.01.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7356/2020-2025

Herr Adolph (Die Linke) erklärt die Notwendigkeit des Antrags, da die Tempo-30-Zone in der Hainteichstraße in beiden Fahrtrichtungen nicht einheitlich ausgeschildert ist. Dies solle vereinheitlicht werden, die Dürerstraße solle den Schnittpunkt zu Tempo 50 darstellen.

Die BV fasst folgenden

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Schildesche beantragt, die Tempo 30 Zonen in der Hainteichstraße bis zur Einmündung Dürerstraße auszuweiten.

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen -

---

**Zu Punkt 7 Schüleranmeldeverfahren an den Grundschulen zum Schuljahr 2024/25;  
hier: Anmeldezahlen und Festlegung von Aufnahmekapazitäten**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7267/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Grün verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Herr Weber (CDU) erklärt, dass an der Tabelle in der Vorlage gut zu erkennen ist, dass das Problem der Grundschulen nicht gelöst ist. Zahlreiche Schulen müssen Kinder ablehnen. In seinen Augen ist der Standort der neuen Grundschule in Gellershagen nicht gut gewählt. Auch der Ersatzstandort Gutenbergschule werde nicht akzeptiert.

Herr Spalek (FDP) beklagt die schlechte Planung, die dazu führt, dass zahlreiche Kinder an ihrer Wunschgrundschule abgelehnt werden müssen.

Herr Benesch und Frau Peppmüller-Hilker (beide SPD) weisen darauf hin, dass zum Beispiel die Kinder Geflüchteter aus der Ukraine für nicht planbare Kinderzahlen sorgen.

Herr Grün (B 90/Die Grünen) erklärt, dass in jedem Jahr bestimmte Schulen zu wenig Plätze anbieten können („Lieblingsschulen“). Er sieht die neue Grundschule in Gellershagen auf einem guten Weg.

Die BV fasst folgenden

**Beschluss:**

1. Die Aufnahmekapazitäten der städtischen Grundschulen werden für das Schuljahr 2024/25 basierend auf den Ergebnissen des Anmeldeverfahrens entsprechend der Anlage 1 festgelegt.
2. Die Schulkonferenzen der von Zügigkeitsveränderungen betroffenen Schulen sowie die Bezirksvertretungen sind anzuhören.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, unter Berücksichtigung der kommunalen Klassenrichtzahl Änderungen der Festlegung in Abstimmung mit der Schulaufsicht vorzunehmen, wenn die Anmelde- oder Schulsituation dies noch erfordert.

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zustimmung: 10

Ablehnung: 1

Enthaltung: 4

---

**Zu Punkt 8 Vergabe von Sondermitteln des Stadtbezirks Schildesche**

**Zu Punkt 8.1 im Haushaltsjahr 2023**

Der Antrag ist vorab mit einer Dringlichkeitsentscheidung am 21.12.2023 bewilligt worden.

Die Bezirksvertretung bestätigt die Entscheidung und beschließt die Ausgabe von Sondermitteln 2023 wie folgt und fasst folgenden

**Beschluss:**

FöVerein MNG	Förderung der Arbeit der Bläserklassen	750,00 €
--------------	--	----------

- einstimmig beschlossen -

-.-

**Zu Punkt 8.2 im Haushaltsjahr 2024**

Die Bezirksvertretung beschließt die Ausgabe von Sondermitteln 2024 wie folgt und fasst folgenden

**Beschluss:**

SCB 04/26	Durchführung von mobilen Spiel- und Sportangeboten	1.750,00 €
-----------	--	------------

- einstimmig beschlossen -

-.-

**Zu Punkt 9 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand****Zu Punkt 9.1 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Miyawaki-Wäldchen für Schildesche (Antrag 5555/2020-2025 der SPD-Fraktion vom 4.2.2023)**

Text des Antrags:

Die Verwaltung (Umweltamt und Umweltbetrieb) wird gebeten zu prüfen, ob sich im Stadtbezirk Bielefeld-Schildesche geeignete städtische Flächen finden, um ein „Miyawaki-Wäldchen (auch Tiny Forest genannt) zu pflanzen und deren Finanzierungsmöglichkeiten zu klären.

Das Umweltamt teilt dazu mit, dass das Thema von gesamtstädtischem Interesse ist und hat eine Informationsvorlage dazu erstellt: Drucksachen-Nummer 6704/2020-2025 „Mini-Wäldchen/Tiny Forrest nach der Miyawaki-Methode im Bielefelder Stadtgebiet“.

-.-

**Zu Punkt 9.2 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Erhaltungsmaßnahme des Sees am Horstheider Weg/Amphibienschutzmaßnahmen (Antrag 0762/2020-2025 der Fraktionen Die Linke, B 90/Die Grünen und SPD vom 11.2.2021)**

Das Umweltamt teilt dazu mit:

Im Zuge des beschlossenen Amphibienschutzkonzeptes für das Stadtgebiet Bielefeld (Drucksachen-Nr. 0900/2020-2025) wurde eine Prioritätenliste für den Bau von dauerhaften Amphibienschutzsystemen erarbeitet. Für den Standort „Horstheider Weg“ legt das Konzept die höchste Priorität für den Bau einer dauerhaften Amphibienschutzanlage fest.

Im Zuge der Planungen für diese Anlage fanden im Februar 2023 erste Rückschnitte vorhandener Gehölze entlang des geplanten Verlaufs der Anlage statt. Weitere kleinere Rückschnitte sind bis Mitte Februar 2024 vorgesehen. Parallel zu diesen Arbeiten wird auch der vorhandene abgängige Maschendrahtzaun, welcher zur Einzäunung des alten Mühlengrundstücks dient, entfernt.

Nach Fertigstellung der dauerhaften Amphibienschutzanlage wird eine neue Zaunanlage aufgestellt.

Nach aktuellem Stand ist der Bau der dauerhaften Amphibienschutzanlage für Sommer 2024 geplant.

-.-.-

**Zu Punkt 9.3 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Sanierung Fußweg Jakob-Kaiser-Straße (gem. Antrag 6601/2020-2025 der Fraktionen SPD, Die Linke und B90/Die Grünen vom 31.8.2023)**

Das Amt für Verkehr hat die Situation geprüft und kommt zu folgendem Ergebnis:

Im Rahmen der Kleinteiligen Unterhaltung können die Flächen ausgebaut werden, wobei anzumerken ist, dass der Bereich des Grünzuges selbst und entsprechend auch die Wegeführung der Baulast des ISB zuzuordnen ist. Entsprechende Abstimmungen zwischen den Dienststellen laufen.

Das Amt für Verkehr wird von der Jakob-Kaiser Straße und der Graf-von-Stauffenberg-Straße kommend jeweils im Bereich der Bebauung notwendige Reparaturen veranlassen.

Zum genauen Zeitpunkt kann derzeit keine Aussage getroffen werden, da die Witterung sich erst deutlich verbessern muss.

-.-.-

**Zu Punkt 9.4 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Zusätzliche Parkplätze in der Straße Haferkamp (Anfrage 0251/2020-2025 der SPD-Fraktion vom 1.12.2020)**

Text der Anfrage:

Zusätzliche Parkplätze in der Straße Haferkamp im Bereich des Wendeplatzes

Antwort des Amtes für Verkehr:

Nach Abstimmung mit der Feuerwehr und dem Umweltbetrieb wurden für den Wendeplatz drei Parkplätze angeordnet.

-.-.-